

Mittwoch, 12. Juni 2024
von Mathieu Noyer

"Europäische Finanzierung von Bildung und Forschung besser erforschen"

Manuel Friesecke, Geschäftsführer von Regio Basiliensis

Der Verein zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit Regio Basiliensis ruft dazu auf, die Zusammenarbeit zwischen den Bildungseinrichtungen am Oberrhein zu verstärken. Laut seinem Geschäftsführer Manuel Friesecke, liegt die Lösung in einer vollständigen Integration der Schweiz in die europäischen Programme sowie in der Erhöhung der Subventionen, die durch eine Diversifizierung ihrer Quellen über Interreg hinaus möglich wäre.



Manuel Friesecke, Geschäftsführer von Regio Basiliensis. © Regio Basiliensis

Die Regio Basiliensis hat kürzlich einen Aufruf zur Verbesserung der Hochschulkoooperation am Oberrhein verfasst. Inwiefern wäre diese unbefriedigend?

Die Zusammenarbeit funktioniert gut, reich und weitverzweigt, mit Hilfe von einigen Treibern wie dem Eucor-Netzwerk zwischen den Universitäten Straßburg, Haute-Alsace, Karlsruhe, Freiburg im Breisgau und Basel oder TriRhenaTech, einer Allianz von mehr als 20 Hochschulen aus den drei Ländern.

[Zum selben Thema](#)

Sie findet eine erfolgreiche Fortsetzung in der Säule Wissenschaft der Trinationalen Metropolregion (TMO) und ihrem Programm Offensive Wissenschaft sowie in verschiedenen Initiativen wie Clinnova in der Präzisionsmedizin oder dem von der Universität Basel getragenen Biocampus für Biowissenschaften. An erfolgreichen Beispielen mangelt es also nicht. Wir sind jedoch der Ansicht, dass das Potenzial so groß ist - 170 000 Studierende an über 70 Einrichtungen in der gesamten TMO -, dass es besser ausgenutzt werden wird. Die Netzwerke könnten weiter ausgebaut werden und dass die Förderung der Mehrsprachigkeit ist von zentraler Bedeutung. Was die Grenzregion der Schweiz betrifft, so sollte sie besser eingebunden werden.

Inwiefern hat die Aussetzung der Verhandlungen über ein neues Rahmenabkommen zwischen der EU und der Schweiz von Mai 2021 bis März 2024 die Region Basel in dieser Thematik verhindert?

Sie verhindert die systematische Teilnahme an den Bildungs- und Forschungsprogrammen der Europäischen Union wie Erasmus+ und Horizon Europe und schränkt deren Umfang ein. Für die Hochschuleinrichtungen bedeutet der neue Verhandlungsstart einen kleinen Schritt Richtung Normalität.

So stellt beispielsweise die Übergangsregelung für die Zulassung von Schweizer Forschern und Forscherinnen zur Ausschreibung am ERC Advanced Grants einen Fortschritt dar. Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass die Problematik weiter zurückreicht. Die Beteiligung der Schweiz an Forschungsprogrammen und Erasmus+ wurde von Brüssel bereits 2014 eingefroren, unmittelbar nachdem das Schweizer Volk am 9. Februar für die SVP-Initiative „Gegen Masseneinwanderung“ gestimmt hatte. Diese verlangte die Wiedereinführung von Quoten, was im Widerspruch zum Abkommen zwischen der EU und der Schweiz über die Personenfreizügigkeit steht.

[Zum selben Thema](#)

Trinationales Verkehrsticket für Studenten

Was fordern Sie also?

Unsere Stellungnahme umfasst fünf Punkte: die rasche und vollumfängliche Assoziierung der Schweiz an Horizon Europe und Erasmus +, die Entwicklung von bi- und trinationalen Studiengänge und Weiterbildungen, die Verbesserung der finanziellen, rechtlichen und administrativen Rahmenbedingungen für die

grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen, insbesondere deren Beteiligung an der Allianz „European Universities“. Außerdem und ganz konkret fügen wir hinzu die Einführung eines subventionierten Oberrhein-Tickets für Studierende: Das Fehlen einer solchen Maßnahme ist ein großes Problem in einer Zeit. Schließlich fordern wir mehr grenzüberschreitende, regionale, nationale und europäische Fördermittel.

[Zum selben Thema](#)



Le studium, nouveau Learning Center de l'université de Strasbourg. © Catherine Shröder - Université de Strasbourg